



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

BBE Europa-Nachrichten - Newsletter für Engagement und Partizipation Nr. 7 vom 26.7.2011

Inhalt

SCHWERPUNKT-THEMA: MEHRJÄHRIGER EU-FINANZRAHMEN

- Einleitung
- Jutta Haug: Der MFR 2014-2020 aus Sicht des Parlaments
- Johannes Eisenbarth: Sozial- und Kohäsionspolitik im MFR
- Frank Elbers: Demokratieförderung und politische Bildung
- Stimmen zum neuen Bildungsprogramm im MFR

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

- Europäisches Parlament beschließt Jahr des Aktiven Alterns
- Kulturpolitische Gesellschaft kritisiert europäische Planungen
- Quality Volunteering: Erhebung zu Instrumenten
- UNV Online Volunteering Award 2011: Nominierungsphase

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

- Neue Regulierung von Venture Capital: Konsultation
- Freizügigkeit der Arbeitnehmer: Konsultation
- Neue Mitteilung über Handel und Entwicklung: Konsultation
- Biologische Abbaubarkeit von Verpackungen: Konsultation
- Regulierung des Marktzugangs für Drittstaaten: Konsultation

NATIONALE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

- Parallelbericht zum Internationalen Sozialpakt
- Extremismusklausel in der Praxis

- Geschäftsstelle »Europäisches Jahr 2012« eingerichtet

BBE FÜR EUROPA

- Bürgergesellschafts-Tagung in der Heuss-Akademie
- CEV-Symposium in Berlin: Anmeldungen möglich
- Europäische BE-Förderung: Seminar am 20.9.2011
- Bericht: 7. Sitzung der BBE-AG Europa

FACHDISKURS

- Engagiertes Europa in Berlin
- Venture Philanthropy – ein Modell für Deutschland?: Tagung
- Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation: Kongress
- Europäische Woche der Städte und Regionen: Open Days
- Zweite Demokratiekonferenz in Leipzig
- Hinweis

SCHWERPUNKT-THEMA: MEHRJÄHRIGER EU-FINANZRAHMEN

nach oben

Einleitung

Am 29. Juni 2011 verabschiedete die Europäische Kommission ihren Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der den Haushalt der Europäischen Union für die Jahre 2014-2020 darstellt. Insgesamt plant die Kommission für diesen Zeitraum mit 1.025 Mrd. EUR an Mitteln für Verpflichtungen bzw. 972,2 Mrd. EUR an Mitteln für Zahlungen. Dies ist im Hinblick auf Fragen der Förderung von Partizipation und Engagement in Europa von höchster Bedeutung, denn der Vorschlag beinhaltet weit reichende Veränderungen in der EU-Förderlandschaft, wie zum Beispiel die Verortung der Förderung von Freiwilligentätigkeit in einem neuen Bildungsprogramm oder auch Kürzungen beim Bürgerschaftsprogramm. Bis Ende 2011 kann die Zivilgesellschaft Änderungsvorschläge einbringen. Deshalb folgen in diesem Schwerpunktteil erste Analysen zum MFR 2014-2020.

Weitere Informationen über den MFR der Kommission unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/799&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

nach oben

Jutta Haug: Der MFR 2014-2020 aus Sicht des Parlaments

Schon am 8. Juni 2011 hatte das Europäische Parlament seinen Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet. Im Vergleich zu diesem Vorschlag analysiert Jutta Haug, MdEP, kritisch den Vorschlag der Kommission. Ihr Fazit in einer für die Friedrich-Ebert-Stiftung verfassten Studie: »die Zeiten,

in denen man die Kommission als den Motor der Europäischen Integration und Entwicklung ansehen konnte, sind endgültig vorbei.«

Gastbeitrag Jutta Haug unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/07/en17-11_haug_mjf_analyse.pdf (468 kB)

nach oben

Johannes Eisenbarth: Sozial- und Kohäsionspolitik im MFR

Johannes Eisenbarth, Stabsstelle Internationales im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., betrachtet den Vorschlag des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der Europäischen Kommission insbesondere im Hinblick auf die Dimension der Sozial- und Kohäsionspolitik. Er vergleicht die Planungen mit dem aktuellen Ist-Zustand und berücksichtigt die Vorschläge des Europäischen Parlaments und die Reaktion der Bundesregierung. Er stellt dar, dass die Ausgaben für »Wettbewerbsfähigkeit« sowie »Sicherheit und Unionsbürgerschaft« je um 70% bzw. 50% steigen sollen, die Mittel für wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion dagegen um 5 % sinken.

Gastbeitrag Johannes Eisenbarth unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/07/en17-11_eisenbarth_mehrjaehriger_finanzrahmen.pdf (4 MB)

nach oben

Frank Elbers: Demokratieförderung und politische Bildung

Frank Elbers, Vorsitzender des europäischen Demokratie-Netzwerks »DARE - Democracy and Human Rights Education in Europe«, analysiert den vorgeschlagenen MFR insbesondere im Hinblick auf Demokratieförderung und politische Bildung. Die Kommission will die bisherige Programmviefalt in einem neuen Bildungsprogramm »Education in Europe« zusammenfassen, in das u. a. die beiden großen Programme »Lebenslanges Lernen« und »Jugend in Aktion« eingehen sollen. Ziel ist dabei u. a. eine Vereinfachung und größere Übersichtlichkeit. Da gleichzeitig das Gesamtbudget für diesen Bereich größer werden soll als die bisherigen Programme zusammen, muss mit dieser Neuausrichtung kein Wegfall bisheriger Projektmöglichkeiten verbunden sein.

Gastbeitrag Frank Elbers unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/07/en17-11_elbers.pdf (178 kB)

nach oben

Stimmen zum neuen Bildungsprogramm im MFR

Beim künftigen Einbezug des bisherigen Jugendprogramms in ein neues Bildungsprogramm »Education in Europe« habe die Kommission die Meinung vieler Mitgliedstaaten und Jugendorganisationen nicht berücksichtigt, so Jugend für Europa in einer Stellungnahme. Die Ziele des neuen Super-Programms haben zwar wie das auslaufende Jugendprogramm viele Bezüge zur Demokratie- und Partizipationsförderung, etwa im Bereich aktiver Teilhabe junger Menschen, Freiwilligentätigkeit oder des nicht formalen und informellen Lernens. Mit Spannung sei aber zu erwarten, wie ein solches Programm auf nationaler Ebene umgesetzt werden soll, das allein in Deutschland den Zuständigkeitsbereich dreier Bundesministerien berühre. Aus Sicht des Deutschen Bundesjugendrings sei es nicht ausreichend, den Hauptfokus des neuen Programms nur auf Beschäftigungsfähigkeit zu legen.

Beitrag unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/07/en17-11_bbe-stimmen.pdf (233 kB)

nach oben

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

nach oben

Europäisches Parlament beschließt Jahr des Aktiven Alterns

Das Europäische Parlament hat am 7. Juli 2011 mit 557 Ja-Stimmen bei 15 Enthaltungen und 33 Nein-Stimmen grünes Licht für das Europäische Jahr 2012 zum Thema »Active Ageing and Solidarity between Generations« (EY2012) gegeben. Vor einigen Jahren hatten NGO auf europäischer Ebene begonnen, für die Durchführung eines Europäischen Jahres zum Thema des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen zu werben. Nach vorhergehenden Empfehlungen der Kommission sind sie nun am Ziel. In Verbindung mit AGE Platform Europe hat sich dabei eine Koalition von Organisationen herausgebildet, die den Inhalten dieses Jahres Kontur und Richtung geben wollen. Ein Fahrplan und ein Manifest sollen am 7. November 2011 in einer Veranstaltung im Europäischen Parlament vorgestellt werden, die zusammen mit der Intergroup on Ageing-and Intergenerational Solidarity durchgeführt wird.

Weitere Informationen unter

<http://www.age-platform.eu/en/age-and-the-eu-institutions/european-parliament/intergroup-on-ageing-and-intergenerational-solidarity>

nach oben

Kulturpolitische Gesellschaft kritisiert europäische Planungen

Seit 2007 läuft das bis 2013 geplante EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger«. Die Kulturpolitische Gesellschaft hat jetzt in einer Stellungnahme eine wahrnehmbare Neuausrichtung des Programms seit 2011 kritisiert, da die Förderung bürgernaher, kleinerer Projekte zugunsten einzelner größerer Projekte reduziert wird. Mit der Fokussierung auf diejenigen Teile der Zivilgesellschaft, die auf europäischer Ebene organisiert und im Rahmen strukturierter Partnerschaften eingebunden sind, sieht die Kulturpolitische Gesellschaft zugleich eine Verstärkung der Top-Down-Kommunikation der Europäischen Union. Die für die Finanzperiode 2014-2020 vorgesehene zusätzliche Reduktion des Programms lehnt die Kulturpolitische Gesellschaft zudem ab. In der an die deutschen Europaabgeordneten versandten Stellungnahme empfiehlt die Kulturpolitische Gesellschaft daher eine Aufstockung der Mittel und eine gleichberechtigte Berücksichtigung bürgernaher Projekte.

Stellungnahme unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/07/en17-11_kupoge_stellungnahme_eu-buergerschaftsprogramm.pdf (59 kB)

nach oben

Quality Volunteering: Erhebung zu Instrumenten

Das Netzwerk für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011, die »Alliance EYV 2011«, hatte 6 Arbeitsgruppen konstituiert, die der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten Bedarfe und Handlungsempfehlungen für eine wirksame Engagementförderung unterbreiten sollen. Seit einem ersten Treffen am 7. und 8. Januar 2011 in Budapest behandeln die Arbeitsgruppen die Themen Quality Volunteering, Legal Framework of Volunteering,

Die Einzelbeiträge sind Verlinkungen ins Internet und können nur geöffnet werden, wenn eine Online-Verbindung besteht!

Volunteering Infrastructure, Recognizing Volunteering, Value of Volunteering und Employee Volunteering. Für die Arbeitsgruppe 1, »Quality Volunteering« führt das European Volunteer Centre (CEV) aktuell eine europaweite Erhebung zu nationalen Instrumenten und Verfahren zum »volunteering quality assessment / quality assurance« durch. Beiträge können bis zum 5. August 2011 an das CEV gesendet werden.

Hintergrundpapier unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/07/en17-11_wg1_quality_volunteering.pdf (78 kB)

Aufruf unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/07/en17-11_aufruf_quality_volunteering.pdf (218 kB)

nach oben

UNV Online Volunteering Award 2011: Nominierungsphase

Die Vereinten Nationen vergeben im Rahmen des United Nations Volunteers (UNV) Programms den Online Volunteering Award 2011. Zehn im Web bzw. online tätige bürgerschaftlich engagierte Personen oder Teams können den Preis erhalten. Berücksichtigt werden u.a. die Intensität, die Ergebnisse und die dauerhafte Wirkung des Engagements. Der Beitrag des Engagements muss dabei in Verbindung mit den Millenniumszielen der UN stehen. Frist für die Benennung von Kandidaten ist der 31. Juli 2011, die Preisträger werden am Internationalen Freiwilligentag am 5. Dezember 2011 präsentiert.

Weitere Informationen unter

http://www.onlinevolunteering.org/en/org/stories/about_award.html

nach oben

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

nach oben

In dieser neuen Unterrubrik zur europäischen Engagementpolitik soll auf aktuell laufende europäische bzw. internationale Partizipationsverfahren hingewiesen werden, an denen sich Einzelpersonen und zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligen können. Zusammenfassende Darstellungen abgelaufener Beteiligungen etwa durch die Europäische Kommission zeigen, dass diese Partizipationschancen punktuell wahrgenommen werden, in der Breite aber eine stärkere Beteiligung und Begleitung von zivilgesellschaftlichen Organisationen benötigt wird. Ab 2012 wird auf europäischer Ebene ergänzend zu unterschiedlichen bestehenden Konsultationsverfahren mit der Europäischen Bürgerinitiative ein neues Partizipationsinstrument eingeführt, das für seinen Erfolg eine Resonanz in mehreren Ländern finden muss. Auf entsprechende Initiativen wird dann auch in dieser Rubrik hingewiesen werden.

nach oben

Neue Regulierung von Venture Capital: Konsultation

Venture Capital ist eine wichtige Finanzierungsform für kleine und mittlere, aufstrebende Unternehmen, denen Kapital und übliche Sicherheiten fehlen. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich das investierte Volumen von Venture Capital in Europa in 2009 und 2010 annähernd gegenüber den Vorjahren halbiert. Die Kommission denkt über Maßnahmen nach,

wie Venture Capital in einer Form neu reguliert werden kann, so dass es im Binnenmarkt vermehrt zur Verfügung steht. Da Venture Capital auch im Nonprofit-Bereich mittlerweile zur Anwendung kommt, ist dieses Thema auch aus engagementpolitischer Perspektive interessant, zumal diese Dimension im zu kommende nterierenden Arbeitspapier nicht deutlich erkennbar ist. Einen Fragebogen gibt es nicht, die Konsultation findet in Form freier Kommentierung statt. Das kommentierbare Konsultationspapier umfasst 17 Seiten und wirft in 12 Blöcken eine Vielzahl an Fragen auf. Äußerungen sind noch bis zum 10. August 2011 möglich.

Weitere Informationen unter

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/venture_capital_en.htm

nach oben

Freizügigkeit der Arbeitnehmer: Konsultation

Die EU will weiterhin bestehende Hindernisse und Hemmnisse für die Mobilität von Arbeitnehmern in der EU abbauen. Um die Probleme zu identifizieren und geeignete Maßnahmen und Initiativen anzustoßen, richtet sich diese Konsultation an Bürger und Organisationen. Dabei können auch konkrete Einzelerfahrungen über einen Fragebogen länderspezifisch formuliert werden. Die Konsultation läuft noch bis zum 12. August 2011.

Weitere Informationen unter

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=699&consultId=8&visib=0&furtherConsult=yes&langId=en>

nach oben

Neue Mitteilung über Handel und Entwicklung: Konsultation

Im Jahr 2002 hatte die EU eine Mitteilung zum Zusammenhang zwischen Handels- und Entwicklungspolitik veröffentlicht. Seitdem wurden in mehreren Papieren, zuletzt im Grünbuch über eine zukünftige Entwicklungspolitik 2010, Veränderungsnotwendigkeiten der bisherigen Politik formuliert. Mit dem Vertrag von Lissabon ist die weltweite Reduktion bzw. Beseitigung von Armut mit Artikel 208 explizit als Aufgabe der EU formuliert worden. Die aktuelle Konsultation dient zur Vorbereitung einer neuen Mitteilung über Handel und Entwicklung, die eine nicht mehr in allen Punkten stimmige Mitteilung von 2002 ersetzen soll. Der offene Fragebogen umfasst 25 Fragen. Die Konsultation endet am 21. August 2011.

Weitere Informationen unter

http://trade.ec.europa.eu/consultations/?consul_id=156

nach oben

Biologische Abbaubarkeit von Verpackungen: Konsultation

Noch bis zum 9. August 2011 läuft bei der Europäischen Union eine Konsultation zur Verbesserung der Umweltbilanz beim Gebrauch von Plastiktüten und Verpackungen. Unter anderem wird mit einem Fragebogen gefragt, ob ein Verbot von Plastiktüten notwendig ist oder ob preisliche Maßnahmen besser greifen. Die Konsultation wendet sich an jeden Bürger, sowie an NGOs, öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsverbände, Universitäten und weitere Stakeholder. Der Fragebogen besteht aus 10 Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten und einer offenen Kommentaroption.

Weitere Informationen unter

http://ec.europa.eu/environment/consultations/plasticbags_en.htm

nach oben

Regulierung des Marktzugangs für Drittstaaten: Konsultation

Die Europäische Union sieht sich der Situation gegenüber, dass der Marktzugang bei einer Reihe von Drittstaaten nicht gleichermaßen offen ist. Die EU lässt einen Zugang zum Binnenmarkt in der Praxis auch für solche Staaten zu, die ihrerseits ihre Märkte gegen die EU abschotten. Mitgliedsstaaten und Wirtschaftskritiker kritisieren diese fehlende Symmetrie. In der Konsultation geht es um alternative Strategien, die dabei zur Anwendung kommen könnten. Noch bis zum 2. August 2011 können sich Bürger, NGOs, öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsverbände, Universitäten und weitere Stakeholder dazu äußern. Der Fragebogen besteht aus 32 Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten. Kommentare können ergänzend direkt per eMail geschickt werden.

Weitere Informationen unter

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=internationalPP3>

nach oben

NATIONALE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

nach oben

Parallelbericht zum Internationalen Sozialpakt

Seitdem die Bundesrepublik Deutschland am 9. Oktober 1968 den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) unterzeichnet und der Bundestag 1973 dem Vertrag durch das Vertragsgesetz den Rang eines formellen Bundesgesetzes gegeben hat, hat die damalige Bundesregierung 2008 zum fünften Mal einen Bericht zur Lage dieser Rechte in Deutschland erstellt, ohne ihn allerdings wirksam zu publizieren. In 2011 wird der Bericht von der UN geprüft. Die Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland (wsk-Allianz), ein ad-hoc Netzwerk bestehend aus 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus diversen Arbeitsbereichen, von Amnesty Deutschland bis zum Zentrum für Postgraduale Studien Sozialer Arbeit e.V. Berlin (ZPSA), hat deshalb jetzt einen Parallelbericht veröffentlicht. Dieser Parallelbericht ist auch deshalb notwendig geworden, weil die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kompetenz durch das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales bei der Erstellung des Regierungsberichts optimierbar gewesen zu sein scheint.

Parallelbericht unter

<http://www.wsk-allianz.de/index-Dateien/Doku/20110321%20ParallelBerichtWSKAllianz%20deu.pdf>

Bericht der Bundesregierung von 2008 unter

http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICESCR/icescr_state_report_germany_5_2008_de.pdf

nach oben

Extremismusklausel in der Praxis

Die je nach Blickwinkel mal als Demokratie-, mal als Extremismusklausel bezeichnete Erklärung, deren Abgabe zwingende Voraussetzung für Zuwendungen des Bundes für die Arbeit gegen Extremismus ist, war bereits mehrfach im BBE-Newsletter und in den Europa-Nachrichten Gegenstand von Meldungen. Mittlerweile ist die Klausel in der Praxis der betroffenen Organisationen angekommen, die teils solche Unterschriften verweigern bzw. die rechtliche Auseinandersetzung suchen. Einzelne Bundesländer verfolgen unterschiedliche Strategien, um die Organisationen bei ihrem Vorgehen zu unterstützen. Einen Überblick bietet ein Artikel der Zeitschrift »MUT gegen rechte Gewalt«.

Artikel unter

<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/extremismusklausel-unterschrift-verweigert>

nach oben

Geschäftsstelle »Europäisches Jahr 2012« eingerichtet

Zum 1. Juli 2011 hat die deutsche Geschäftsstelle zum »Europäischen Jahr für aktives Altern und die Solidarität zwischen den Generationen 2012« ihre Arbeit aufgenommen. Träger der Geschäftsstelle sind die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) und die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. (FfG) in Dortmund. In Kürze werden Informationen über die Beteiligungsmöglichkeiten bekannt gegeben.

Weitere Informationen und Kontakt unter

<http://www.bagso.de>

nach oben

BBE FÜR EUROPA

nach oben

Bürgergesellschafts-Tagung in der Heuss-Akademie

Wie bereits berichtet, veranstalten die Theodor-Heuss-Akademie und das BBE ein gemeinsames Seminar zu Fragen der Bürgergesellschaft im europäischen Vergleich. Unter dem Titel »Zukunft der Demokratie in Europa - Welchen Beitrag leistet die Bürgergesellschaft?« werden aktuelle Entwicklungen der Engagementpolitik und Bürgergesellschaft in Deutschland, Großbritannien und Frankreich verglichen und wird der Beitrag der Bürgergesellschaften zur Demokratisierung europäischer Politik untersucht. Die Tagung findet vom 14.-16 Oktober 2011 in Gummersbach in der Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit statt. Anmeldungen sind ab sofort möglich.

Weitere Informationen und Anmeldungen unter

http://www.freiheit.org/webcom/fancyuri.php/_c-898/_lkm-7/vname-470/vid-1390/i.html

nach oben

CEV-Symposium in Berlin: Anmeldungen möglich

Am 19. und 20. Oktober 2011 findet in Berlin die Jahrestagung des Europäischen Freiwilligenzentrums CEV statt. Das CEV ist die größte europäische Freiwilligenorganisation und wesentlicher Motor des Europäischen Jahres 2011. Gastgeber und Organisatoren der Tagung sind die deutschen CEV-Mitglieder BBE, Caritas, THW und ARBES sowie die bagfa. Inhaltlich steht die Beziehung von aktiver Bürgerschaft und Freiwilligentätigkeit im Mittelpunkt der Veranstaltung. In Kooperation mit dem Berliner Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement wird es auch zahlreiche Exkursionen zu Praxisprojekten des Engagements in Berlin und Umgebung geben. Anmeldungen sind ab kommendem Montag über die Internetseite des CEV möglich.

Weitere Informationen und Anmeldung unter

<http://www.cev.be>

nach oben

Europäische BE-Förderung: Seminar am 20.9.2011

Das EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« fördert Projekte, die Anlässe zur Reflexion über Europa und die EU schaffen, Engagement für europäische Themen anregen und Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen. Die nächste Einreichfrist für zivilgesellschaftliche Organisationen endet am 1. Februar 2012. Die Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (KS EfBB) bietet dazu ein Seminar an. Es richtet sich an alle Organisationen, die Projekte im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements umsetzen und dabei mit Partnern in Europa kooperieren (wollen). Es führt in die EU-Förderung ein und gibt nützliche Hinweise für die Antragstellung. Zusätzlich werden Förderbereiche des Programms »Grundtvig« (Erwachsenenbildung) vorgestellt. Das Seminar findet am 20. September 2011 von 9.30-17.30 Uhr im Haus der Kultur in Bonn statt. Die Teilnehmekosten liegen bei 40,00 Euro, die Anmeldefrist ist der 22. August 2011.

Weitere Informationen unter

<http://www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen>

nach oben

Bericht: 7. Sitzung der BBE-AG Europa

Am 29. Juni 2011 fand die 7. Sitzung der Arbeitsgruppe 9 »Engagement und Partizipation in Europa« des BBE statt. Schwerpunkte der Sitzung waren die Erarbeitung von europabezogenen Beiträgen der AG 9 zu einem Engagementstrategiepapier des BBE, die engagementpolitischen Entwicklungen auf Ebene der Europäischen Union vor der Kommissions-Stellungnahme zu Freiwilligentätigkeiten im September 2011 sowie eine Diskussion über die Ergebnisse der Unterarbeitsgruppe Partizipation im Hinblick auf die Etablierung partizipativer Elemente in der EU-Politik nach Maßgabe des Vertrags von Lissabon. Die AG hat beschlossen, im Dezember ein Fachseminar zu Fragen der europäischen Bürgerbeteiligung zu organisieren. Die nächste Sitzung der AG Europa findet am 2. November 2011 in Berlin statt.

Weitere Informationen unter

<http://b-b-e.de/index.php?id=14548&L=%2FFinde>

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Engagiertes Europa in Berlin

Europa-Union und Berliner Senat starteten 2010 eine Reihe zu europapolitischen Themen unter dem Motto »Europa ist hier!« Ziel der Reihe ist es, die politische und wirtschaftliche Vereinigung Europas transparent zu machen. In diesem Jahr ist bürgerschaftliches Engagement das Thema. Die europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher des Abgeordnetenhauses werden u. a. mit Monika Helbig als Berliner Europabeauftragte und Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement sowie Carola Schaaf-Derichs, Mitglied im BBE-Sprecherrat und Geschäftsführerin der Treffpunkt Hilfsbereitschaft, zum Thema »Europa - Ehrensache!? - Bürgerschaftliches Engagement in und für Europa« diskutieren. Die Veranstaltung findet am 23. August 2011 um 18.00 Uhr im Wappensaal des Berliner Rathauses statt.

Anmeldungen bis zum 16. August 2011 unter

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/europazugast.html>

nach oben

Venture Philanthropy – ein Modell für Deutschland?: Tagung

Venture Philanthropy, Social Investing und Koinvestmentmodelle sind zwar noch junge Praktiken in der deutschen Philanthropie, aber doch so etabliert, dass die Beteiligung an einschlägigen europäischen Netzwerken verstärkt wird. Die European Venture Philanthropy Association (EVPA), die BMW Stiftung Herbert Quandt und die BonVenture Management GmbH führen eine Arbeitstagung zum Thema »Venture Philanthropy - ein Modell für Deutschland?« durch. Ziel der Tagung ist es, Venture Philanthropy und Social Investing in Deutschland weiter zu verankern. Zugleich dient das Treffen dazu, eine deutsche Interessengruppe innerhalb der EVPA bilden, um die Zusammenarbeit der deutschen EVPA-Mitglieder zu vertiefen. Die Arbeitstagung findet am 12. September 2011 in der BMW Stiftung in Berlin statt. Sie wird unterstützt vom Bundesverband Deutscher Stiftungen und vom Bundesverband deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e.V.

Weitere Informationen unter
<http://evpa.eu.com/events/43>

nach oben

Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation: Kongress

Anlässlich des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit veranstalten die zuständigen Ministerien des Landes Baden-Württemberg am 20./21. September 2011 einen internationalen Kongress mit dem Fokus: »Partizipation und Integration in Europa - voneinander lernen!« Nach einem Impulsreferat von Dr. Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Institut Berlin beleuchten Vertreter aus Praxis, Verwaltung und Politik aus Baden-Württemberg, Belgien, Großbritannien, Niederlande und Österreich die Facetten des Verhältnisses von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement in europaweiter Perspektive. Projektstände, sogenannte Gesprächsinseln und ein get-toget her am Abend bieten den Teilnehmern reichlich Gelegenheit, die Beiträge und Thematik zu diskutieren. Die Veranstaltung findet im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle in Stuttgart statt. Eine Anmeldung ist bis zum 8. August 2011 möglich.

Weitere Informationen und Anmeldung unter
http://www.sozialministerium.de/de/Veranstaltungen_und_Aktuelles/99169.html

nach oben

Europäische Woche der Städte und Regionen: Open Days

Im Rahmen der 9. Europäischen Woche der Städte und Regionen finden erneut Open Days vom 10.-13. Oktober 2011 in Brüssel statt (Europa-Nachrichten 1/2011). Das Leitthema der Tage lautet: »Investing in Europe's future: Regions and cities delivering smart, sustainable and inclusive growth.« Das Programm steht jetzt online zur Verfügung und eine Online-Registrierung ist ebenso möglich.

Weitere Information unter
http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2011/index.cfm?nmenu=1&sub=100

nach oben

Zweite Demokratiekonferenz in Leipzig

Nach 2009 führt die Stadt Leipzig zum zweiten Mal eine Demokratiekonferenz mit Teilnehmern aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa vom 12.-14. Oktober 2011 im Gewandhaus durch. Die diesjährige Konferenz mit dem Motto »Wir sind Demokratie!« wendet sich

Die Einzelbeiträge sind Verlinkungen ins Internet und können nur geöffnet werden, wenn eine Online-Verbindung besteht!

insbesondere an junge Erwachsene bis 27 Jahre. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Entfremdung von Jüngeren und etablierten Organisationen sollen mit Politikern Wege der Annäherung diskutiert werden. Neben Leipziger Jugendlichen werden Vertreter des europäischen Jugendparlaments, Jugendliche aus Süd- und Südosteuropa und aus den Leipziger Partnerstädten erwartet. Darüber hinaus sind Vertreter der Länder und Kommunen sowie Einrichtungen der Jugendarbeit angesprochen. Beim Verein MitOst e.V. können mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung bis zum 21. August bis zu 40 junge Menschen eine Förderung der Reise- und Unterkunftskosten beantragen. Sie müssen aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa kommen bzw. aus Partnerstädten Leipzigs, können aber ihren Wohnsitz auch in Deutschland haben.

Weitere Informationen zur Demokratiekonferenz unter
<http://www.leipzig.de/de/buerger/politik/herbst89/demokratiekonferenz/>

Weitere Informationen zum Antrag bei MitOst unter
<http://www.mitost.org/buergerschaft/programme-und-projekte/demokratiekonferenz2011.html>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint Ende August 2011. Redaktionsschluss ist der 18. August 2011. Bitte schicken Sie Ihre Informationen an
E-Mail: mirko.schwaerzel@b-b-e.de

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im Europa-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Mirko Schwärzel

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter
http://www.b-b-e.de/index.php?id=kommende_themen

Dieser Newsletter wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

V.i.S.d.P.: Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben